agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

AFRIKA/SIMBABWE - Bischöfe des südlichen Afrika äußern sich besorgt zur Lage in Simbabwe

Harare (Fidesdienst) – „Wir wenden uns an die Mitglieder der South African Development Community (SADC) in einem für Simbabwe kritischen Moment“, so die Bischöfe der Inter-Regional Meeting of the Bishops of Southern Africa (IMBISA), in der sich die Bischöfe von Angola, Botswana, Lesotho, Namibia, Mosambik, Sao Tome und Principe, Südafrika und Simbabwe zusammenschließen, am Rande ihrer 9. Vollversammlung.

In einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt, erinnern die Bischöfe der IMBISA daran, dass „die SADC eine wichtige Rolle bei der Unterzeichnung des Global Political Agreement (CPA) spielte, das zur Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit führte“. Dieser Regierung der Nationalen Einheit gehören sowohl Vertreter der Partei des Präsidenten Robert Mugabe als auch der Partei des Premierministers Morgan Tsvangirai an. Tsvangirai ist der größte Widersacher Mugabes. Die heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden hatten zu einer ernsten Krise im Land geführt, infolge derer das GPA ausgehandelt und eine Regierung der Nationalen Einheit gebildet wurden.

„Zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens machen wir uns Sorge, da keine bedeutenden Fortschritte gemacht wurden“, so die IMBISA-Bischöfe, „nicht alle Punkte des GPA wurden innerhalb der festgelegten Fristen respektiert. Trotz verschiedener Besserungen müssen wir feststellen, dass die Bürger in Simbabwe weiterhin unter extremer Armut leiden, die Arbeitslosenrate sehr hoch ist, Gesundheits- und Bildungswesen große Mängel aufweisen, keine Investitionen gemacht werden und kein Vertrauen in die Volkswirtschaft des Landes besteht. Es handelt sich um eine schwere Form der Ungerechtigkeit, wenn man den Reichtum des Landes im Verhältnis der menschlichen und materiellen Ressourcen berücksichtigt.

Im Jahr 2011 sollen in Simbabwe Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden. Die IMBISA äußert ihre Sorge auch im Hinblick auf die Mängel bei der Wahlvorbereitung: beeinträchtigt werde die Vorbereitung durch die lückenhafte Umsetzung des GPA; Verzögerungen beim Prozess der Verfassungsreform; mangelnde Aktualisierung der Wahllisten; Einschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit; Einschüchterungen und Gewalt am Rande der Wahlkampagne. Insgesamt 46 Personen wurden festgenommen, weil sie Aufnahmen von den Unruhen in Tunesien und Ägypten anschauten, unter dem Vorwand, dass sie „Aktivitäten zum Sturz der legitimen Regierung“ planten. (LM) (Fidesdienst, 22/02/2011)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it